

Geschäftsbereich
Oberbürgermeister

06. April 2023

9.55 Uhr

JENS BÖNING

Einzelvertreter im Rat

Tel. 0176-57784747

e-Mail: Die-Hannoveraner@gmx.de

 **Wählergemeinschaft
Die Hannoveraner**

im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Herrn
Oberbürgermeister
Belit Onay o.V. i. A.
Rathaus

Hannover, 06.04.2023

Anfrage *in die Ratsversammlung*
Wohnungskündigungen von Mietern zugunsten der Unterbringung von
Geflüchteten in Hannover?

Vorab erstmal folgende deutliche, leider immer noch notwendige Feststellung des Fragestellers:
Selbstverständlich ist es wichtig, dass bedürftigen Menschen, die vor Krieg und Verfolgung geflohen
sind und die bei uns Schutz suchen (wie zum Beispiel ukrainischen Flüchtlingen) geholfen wird!

Dennoch ist es nun einmal so, dass mittlerweile bundesweit viele Kommunen, was die
Möglichkeiten der Unterbringung von Geflüchteten betrifft, an ihre (Kapazitäts)grenzen stoßen.

Dieses führte bereits dazu, dass in einigen Städten Bestandsmietern von städtischen
Wohnungsgesellschaften (in Lörrach* z. B. sollen 40 Mieter ihre Wohnungen räumen) und
selbst Bewohnern eines Alten- und Pflegeheims (in Berlin** - auch darüber berichtete die Presse)
gekündigt wurde, um dann in diesen Wohnungen Geflüchtete unterzubringen.

Die Gründe für dieses Vorgehen, das man durchaus zumindest in Teilen als "menschenverachtend"
bezeichnen kann, dürften auch ganz klar im finanziellen Bereich liegen...

Allein diese beiden Vorfälle in Lörrach und in Berlin sorgten bundesweit schon für viel Aufsehen
und Empörung, auch wenn sich in Lörrach die Wogen allmählich wieder zu glätten scheinen.

Auch die LH Hannover wird bei der Unterbringung von Geflüchteten ebenso wie andere Kommunen
an ihre Grenzen stoßen.

Vor diesem Hintergrund frage ich daher die Verwaltung:

1. Wurde auch in Hannover Bestandsmietern von städtischen Wohnungen bereits gekündigt, um
dann in diesen Wohnungen Geflüchtete unterzubringen?

Wenn ja: Wie viele Mieter sind betroffen?

2. Falls Frage 1 verneint wird: Kann die Verwaltung versprechen, dass sie dafür sorgen wird, dass kein Mieter / keine Mieterin von städtischen Wohnungsgesellschaften eine Kündigung erhält, weil in seiner Wohnung zukünftig Geflüchtete untergebracht werden sollen?
Und kann die Verwaltung des weiteren versprechen, dass sie ebenfalls alles in Ihrer Macht stehende unternehmen wird, damit es in Hannovers Altenheimen (egal ob städtischen oder privaten) niemals zu solchen Vorfällen wie in Berlin (siehe "Focus-Artikel") kommt?

3. Ist die Verwaltung ebenfalls der Meinung, dass ein solches Vorgehen wie zum Beispiel in Berlin trotz aller Hilfsbereitschaft und notwendigen Unterstützung der Geflüchteten zu einer massiven Gefährdung des sozialen Friedens in unserer Gesellschaft führen könnte?
Falls nein, warum nicht?



Jens Böning
unabhängige Wählergemeinschaft
DIE HANNOVERANER

*<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/suedbaden/umquartierung-mieter-loerrach-100.html>

** [https://www.google.com/amp/s/amp.focus.de/panorama/plaetze-fuer-mehrfach-traumatisierte-schutzbeduerftige-berlin-110-senioren-aus-heim-geworfen-weil-fluechtlinge-mehr-geld-bringen id 186945741.html](https://www.google.com/amp/s/amp.focus.de/panorama/plaetze-fuer-mehrfach-traumatisierte-schutzbeduerftige-berlin-110-senioren-aus-heim-geworfen-weil-fluechtlinge-mehr-geld-bringen%20id%20186945741.html)